

Aufregung um die russischen Atombomben

Putin rasselt mit dem Säbel, rüstet aber im Bereich der strategischen Nuklearwaffen weiter ab

Russland hat kürzlich mit der Ankündigung, 40 moderne Atomraketen zu beschaffen, für Schlagzeilen gesorgt. Nüchtern betrachtet, ändert dies an der militärischen Lage jedoch nichts.

Daniel Wechlin, Moskau

Vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine erfährt das Verhältnis zwischen Ost und West die grösste Belastungsprobe seit dem Ende des Kalten Krieges. Die Nato wie Russland führen immer neue Militärmanöver durch, in der Politik häufen sich Debatten über Aufrüstung. Das transatlantische Verteidigungsbündnis bildet eine schnelle Eingreiftruppe, die die USA prüfen die Entsendung von Soldaten und schwerem militärischem Gerät nach Osteuropa, während der Kreml Iskander-Raketen in die russische Exklave Kaliningrad disloziert, auf die völkerrechtswidrig annektierte Krim Tu-22M3-Mittelstreckenbomber verlegt haben soll und ankündigt, die Streitkräfte mit neuen Waffensystemen auszustatten.

Modernisierung der Armee

Es ist eine Dynamik entstanden, in der sich alle Seiten – wohl wider besseres Wissen – einen neuen kalten Krieg vorwerfen und sich gegenseitig der anhaltenden Provokation bezichtigen. In der Politik wie auch in vielen Medien herrscht zuweilen Hysterie. Militärische Muskelspiele scheinen per se überbewertet zu werden. Stellvertretend steht dafür Putins jüngste Ankündigung, die Nuklearstreitkräfte noch 2015 mit «mehr als 40 neuen Interkontinentalraketen» versorgen zu wollen. Kritiker im Westen reagierten prompt. Von einem «nuklearen Säbelrasseln» und einem unverantwortlichen Gebaren Russlands war die Rede.

Praktisch unerwähnt blieb, dass solche Ankündigungen nicht neu sind und sie nicht automatisch als Aufrüstung gelten müssen. Unmittelbar vor seiner Rückkehr in den Kreml 2012 sprach Putin vom Bau von 400 Interkontinentalraketen bis 2020. Im Dezember erwähnte er 50 neue Raketen, die unmittelbar zu beschaffen wären. Bereits seit



Bomber des Typs Tu-22, die auch Atombomben abwerfen können, während der Moskauer Militärparade vom 9. Mai. SHIPENKOV/EPA

2008 läuft eine Militärreform, in der auch alte Waffensystem der Atomstreitkräfte durch neue ersetzt werden. Dies geschieht nicht ohne Probleme. So kam es bei den U-Boot-gestützten ballistischen Interkontinentalraketen der Bulawa-Familie zu Verzögerungen infolge misslungener Tests.

Einiges an Putins Worten lässt zudem Interpretationsspielraum offen. Handelt es sich bei den 40 Interkontinentalraketen um zusätzliche, oder sind sie Teil der 50, die der Präsident zuvor in Aussicht stellte? Auch ist der Raketen-typ unbekannt. Experten bewerten den militärischen Nutzen einer solchen Anzahl neuer Raketen als gering. Russland gewinne damit keine neuen Möglichkeiten, heisst es. Dass die Ankündigung an der mit viel Patriotismus inszenierten Leistungsschau «Armee 2015» erfolgte, deutet auch darauf hin, dass Putin der versammelten Armeeführung seine Reverenz erweisen wollte.

Russland verfügt von den neun Atomwaffenmächten vor den USA über das weltweit grösste Atomarsenal. Zusammen besitzen die beiden Staaten über 90 Prozent aller Nuklearwaffen. Laut dem Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) hat Russland 2015 etwa 4380 Kernwaffen operationellen Einsatzkräften zugeordnet. Davon sollen rund 1780 Sprengköpfe einsatzbereit sein. Zusammen mit Kernwaffen in Depots und solchen, die auf ihre Demontage warten, rechnet das Sipri mit einem russischen Atomarsenal von insgesamt 7500 Gefechtsköpfen.

Bestände nehmen ab

Im Vergleich dazu sollen die USA über 7260 nukleare Sprengköpfe verfügen, wobei Anfang Jahr 2080 einsatzbereit stationiert waren. Russland und die USA haben sich unter anderem im 2010 unterzeichneten Abkommen New Start

(Strategic Arms Reduction Treaty) zum Abbau ihrer strategischen Kernwaffen verpflichtet. Der Vertrag legt eine Obergrenze von 700 stationierten Interkontinentalraketen und 1550 stationierten strategischen Sprengköpfen fest. Moskau erfüllt bei den Interkontinentalraketen bereits die Vorgaben – nach den neuesten Informationen hat Russland gegenwärtig 515 Raketen stationiert, während die USA über 785 verfügen. New Start muss bis Februar 2018 umgesetzt sein.

Ein weiteres wichtiges Abkommen ist der 1987 ratifizierte INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces). Er sieht die Beseitigung der landgestützten nuklearen und konventionellen Raketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Kilometern vor. 1991 galt der Vertrag als umgesetzt. Seine Laufzeit ist indes unbegrenzt. Mehrere Länder haben sich ihm mittlerweile angeschlossen. Gleichzeitig halten sich die

USA und Russland immer wieder Verstösse gegen die INF-Vorgaben vor. Washington unterstellt Moskau, neue Mittelstreckenraketen zu testen, der Kreml wiederum hält Teile der in Europa geplanten Raketenabwehr als unvereinbar mit dem Vertrag.

Moskau und Washington bekennen sich zwar zu den Verträgen. Die Probleme mehren sich aber. Laut dem russischen Rüstungsexperten Alexei Arbatow vom Carnegie-Center Moskau werden die Gespräche über Abrüstung und Nonproliferation angesichts einer wachsenden Zahl von global und regional agierenden Akteuren und Konflikten immer schwieriger, und die Bereitschaft der Atommächte zu Konzessionen erodiert. Der Ukraine-Konflikt verschärft diese Tendenz zusätzlich. In Russland und in den USA mehren sich die Stimmen, welche die Abrüstungsverträge aufkündigen wollen. Das Nunn-Lugar-Abkommen zur Sicherung und Zerstörung von Massenvernichtungswaffen wurde 2014 nicht verlängert. Auch kündigte Moskau an, 2016 nicht mehr am Gipfeltreffen über Nuklearsicherheit teilzunehmen, an dem Staats- und Regierungschefs über Rüstungskontrolle beraten.

Selbstverschuldete Isolation

Solche und ähnliche Diskussionsforen sind nicht zuletzt wichtig, um den Kontakt zu wahren und militärische Überreaktionen zu vermeiden. Doch die Situation ist verfahren. Vor allem der Kreml bedient sich martialischer Rhetorik, etwa als Putin sich damit rühmte, bei der Krim-Annexion auch zum Atomwaffeneinsatz bereit gewesen zu sein, hätte der Westen militärisch interveniert. Dabei ist allerdings zu beachten, dass solche populistischen Sprüche oftmals lediglich der Einschüchterung dienen oder sich ans innenpolitische Publikum richten. Einige sehen darin auch ein Ablenkungsmanöver. Im Unterschied zu den Nuklearwaffen ist Russland im Bereich der konventionellen Waffen Washington, der Nato und anderen Akteuren unterlegen. Umso mehr scheint sich Putin als unerschrockener, patriotischer Feldherr und Russland als wiedererstarke Grossmacht zu inszenieren. Der Preis dafür ist hoch. Putin machte Russland auf internationaler Ebene zum Paria-Staat, im Innern gärt die Wirtschaftskrise.

Die Rüstungskontrolle in der Sackgasse

Nuklearwaffen gewinnen in der Sicherheitspolitik diverser Staaten wieder an Bedeutung

Obwohl weltweit noch immer Tausende von Atomwaffen lagern, ist die Abrüstungspolitik blockiert. Das ist alarmierend angesichts wachsender internationaler Spannungen.

Oliver Thränert

Vor siebzig Jahren, im August 1945, warfen amerikanische Bomber Kernwaffen über Hiroshima und Nagasaki ab. Ausgehend von der Annahme, dass das Nuklearmonopol der USA bald gebrochen würde – eine These, die bereits 1949 durch den ersten sowjetischen Atomtest bestätigt wurde –, begannen Experten, über das neue Kriegsbild im Atomzeitalter nachzudenken. Schon bald brach sich eine revolutionäre Einsicht Bahn: Krieg kann nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein. Vielmehr ist es im Interesse aller, die gegenseitige Vernichtung zu vermeiden. Dies war die Geburtsstunde der Kontrolle der nuklearen Rüstung.

In den sechziger Jahren wurden erste Ergebnisse erzielt. Kernwaffentests in der Atmosphäre wurden verboten und waren fortan nur noch unterirdisch erlaubt. In den siebziger Jahren intensivierte Amerikaner und Sowjets ihre Bemühungen, indem sie Höchstgrenzen für ihre strategischen Nuklearwaffen

vereinbarten. Zugleich erlaubte der Atomwaffensperrvertrag den Besitz von Kernwaffen lediglich den USA, der Sowjetunion, Grossbritannien, Frankreich und China. Massive Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung wurden aber erst gegen Ende des Kalten Krieges erzielt. Der INF-Vertrag von 1987 verbot Atomraketen mittlerer Reichweite und damit erstmals eine ganze Nuklearwaffenkategorie. 2010 unterzeichneten die USA und Russland ein weiteres Abkommen zur Reduzierung strategischer Kernwaffen beider Seiten, das seither Schritt für Schritt umgesetzt wird.

Gefahr von Eskalationen

Der Wert dieser Verhandlungen konnte oft weniger an den konkret erzielten Abrüstungsschritten bemessen werden. Bedeutsamer war, dass Rüstungskontrollverhandlungen vertrauensbildend wirkten, da die Einsicht in die Denkweise der Gegenseite wuchs. Heute befinden wir uns mitten in einer Phase neuer internationaler Konfrontationen. Zwischen Russland und dem Westen wird es keinen neuen Kalten Krieg geben. Es handelt sich nicht mehr um einen globalen Konflikt. Aber es ist von anhaltenden Kontroversen auszugehen, die durchaus militärisch eskalieren könnten. Besorgniserregend ist darüber hinaus die Situation in Asien, wo die Nuklearmacht China zunehmend ag-

gressiv auftritt. Schon sprechen Experten von einem atomaren Rüstungswettlauf im Dreieck China - Indien - Pakistan. Hinzu kommt das unberechenbare, ebenfalls nuklear gerüstete Nordkorea. Schliesslich könnte Iran – ungeachtet einer möglichen Vereinbarung zu seinem Atomprogramm – mittelfristig zum Kernwaffenbesitzer aufsteigen und damit eine nukleare Dynamik im Nahen und Mittleren Osten auslösen.

Zugleich ist die internationale Rüstungskontrollagenda fast vollständig blockiert. Russen und Amerikaner sprechen derzeit nicht über ihre Kernwaffen; alle anderen Atommächte haben bisher ohnehin keine Verhandlungen über die Reduzierung ihrer Nuklearwaffen geführt. Es existiert zwar ein Vertrag zum vollständigen Verbot von Atomtests, doch wird er vermutlich nie rechtlich wirksam, da die USA, Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea und andere seine Inkraftsetzung verweigern. Seit Jahren soll in der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Verbot der Herstellung spaltbaren Materials für Waffenzwecke verhandelt werden. Doch Pakistan sperrt sich beharrlich dagegen.

Schliesslich ist eine Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai ohne gemeinsames Schlussdokument beendet worden. Die Delegationen hatten sich über die Modalitäten möglicher Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone

im Nahen Osten zerstritten. Mehr noch: Es droht sogar der Rückbau früherer Fortschritte. Russen und Amerikaner werfen sich gegenseitig Verstösse gegen den INF-Vertrag vor. Es ist nicht auszuschliessen, dass dieses einst so bahnbrechende Abkommen schon bald zu den Akten gelegt wird und beide Seiten frei werden, moderne Atomwaffen mittlerer Reichweite zu stationieren.

Lehre aus der Ukraine-Krise

Somit mangelt es gerade in einer Zeit zunehmender Konflikte an dem vertrauensbildenden Element von Verhandlungen mit dem Ziel, auch künftige Atomkriege möglichst auszuschliessen. Welche Gründe sind dafür ausschlaggebend? Erstens ist offensichtlich, dass die USA ungeachtet der von Präsident Obama skizzierten Vision einer vollständigen Beseitigung aller Kernwaffen im Vergleich zum Beginn des Atomzeitalters an Gestaltungskraft verloren haben. Zweitens hat es den Anschein, als ob Nuklearwaffen für die Sicherheit einiger Staaten wieder an Bedeutung zunehmen. Russische Strategen sehen offenbar den Einsatz taktischer Kernwaffen in bestimmten Konfliktszenarien vor und denken über die Führbarkeit begrenzter Atomkriege nach. Pakistan weist taktischen Nuklearwaffen ebenfalls eine wachsende Rolle zu, um die Überlegenheit Indiens bei den konven-

tionellen Streitkräften auszugleichen. Überdies wirkt sich die Ukraine-Krise womöglich negativ aus. Kiew hatte die auf seinem Territorium gelagerten Atomwaffen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion an Russland abgegeben. Russland, die USA und Grossbritannien sagten im Gegenzug die Sicherung der territorialen Integrität der Ukraine zu. Daraus ist nichts geworden. Die Lehre könnte daher sein: Besser, man besitzt Kernwaffen, um seine Existenz als Staat zu sichern.

Drittens ist die nukleare Rüstungskontrolle komplexer geworden und betrifft heute viel mehr Akteure als während des Kalten Krieges. Wesentliche Fortschritte können ohne den Einbezug aller Kernwaffenbesitzer kaum erreicht werden. Derzeit weigern sich China, Frankreich und Grossbritannien, abzurüsten, solange die USA und Russland als Länder mit den grössten Arsenalen keine weiteren Einschnitte vereinbaren. Israel, das seinen Atomwaffenbesitz nie bestätigte, hält sich ohnehin fern.

Angesichts dieser unbefriedigenden Situation ist es nicht angemessen, sich auf dem vermeintlichen Ruhekeissen eines nuklearen Tabus auszuruhen. Vielmehr gehören atomare Abrüstung und Rüstungskontrolle ganz nach oben auf die internationale Agenda.

Oliver Thränert leitet den Think-Tank am Center for Security Studies der ETH Zürich.